

Schweiz: Mit riskanten Spekulationen setzen die eidgenössischen

# Gefahr für das

Banken ihren guten Ruf aufs Spiel

29/29

Von Wolfgang Hafner und Gian Trepp

## Image

**K**onservativ, vertrauenerweckend und stabil; So wünschen sich Geldanleger ihre Bank – und das Land, in dem diese Bank steht. Die Schweiz und ihre Geldhäuser entsprechen bis jetzt diesem Image. Aber wie lange noch? Stabilität und Sicherheit sind bedroht, seitdem auch die traditionsreichen Gnome mit dem hochexplosiven Sprengstoff des modernen Bankgeschäftes handeln: den Derivaten – den Wetten auf künftige Kurse von Aktien und Devisen, auf Zinsen, oder auch auf Preise von Edelmetallen, Rohstoffen und Agrargütern.

Weltweit löste der Zusammenbruch der Barings-Bank durch Derivatspekulationen Diskussionen und Vorschläge zur besseren Überwachung der Börsen aus. Nicht so in der Schweiz. Auf die Frage, welche Lehren er aus der Barings-Pleite ziehe, meinte kürzlich der Präsident der Schweizerischen Nationalbank, Markus Lusser: „Gar keine.“ Seine theoretische Rechtfertigung bezieht

Lusser aus einer Analyse der Nationalbank-Ökonomen mit dem Titel: „Finanzderivate – volkswirtschaftliche Bedeutung und Auswirkung auf das Finanzsystem“. Demnach besteht in der Schweiz weder für die Zentralbank noch für die Bankenüberwachung ein

ernsthafter Handlungsbedarf im Derivatgeschäft. Gleichzeitig wird auch der Nutzen von mehr Transparenz und Offenlegungspflichten in Frage gestellt. Die Argumentation bewegt sich auf der Linie eines orthodoxen Wirtschaftsliberalismus, wie ihn zum Beispiel Merton Miller vertritt, Nobelpreisträger und Verwaltungsrat einer großen Derivatbörse in Chicago.

Das Laissez-faire, Laissez-aller der obersten Schweizer Währungshüter gegenüber den Gefahren des massenhaften Einsatzes von Derivaten könnte sich rächen. Der Schweizer Franken gehört sowohl bei den Devisenoptionen und -futures als auch bei den Zins- und Devisenswaps weltweit zu den wichtigsten Währungen. Bei Währungsswaps zum Beispiel liegt der Schweizer Franken hinter Dollar und Yen auf Platz drei. Aber während Japan und die Vereinigten Staaten Wirtschaftsgrössenmächte sind – das jährliche Bruttoinlandsprodukt Japans beträgt rund 3000 Milliarden Dollar, dasjenige der USA knapp 5500 Milliarden Dollar – ist die Schweiz mit einem Bruttoinlands-

produkt von rund 250 Milliarden Dollar ein wirtschaftlicher Zwerg. Dazu lehnten die Schweizer den Beitritt zur Europäischen Union und zum europäischen Wirtschaftsraum ab. So kann die kleine Währungsinsel Schweiz beim Auftreten größerer Probleme nicht auf Intervention und Beistand durch die Notenbanken europäischer Partnerstaaten zählen.

Die wachsende Bedeutung des Derivathandels in der Schweiz hat sogar negative Auswirkungen auf die Sozialpolitik und damit auf die politische Stabilität. So wurde bis vor wenigen Jahren die Höhe des Hypothekenzinses – rund achtzig Prozent der Schweizer sind Mieter, und dieser Zins bestimmt praktisch die Höhe der Mieten – weitge-

Heute behauptet  
jede Bank, sie betreibe  
ein modernes  
Risikomanagement

hend politisch ausgehandelt. Neuerdings verkauft die Schweizerische Kreditanstalt mit Rainer E. Gut an der Spitze Derivate zur Absicherung gegen steigende Hypothekenzinsen. Mit ihrem neuen Produkt schafft die Kreditanstalt die politisch bestimmte Obergrenze des Hypozinses – ein Grundpfeiler des Schweizer Sozialmodells – tendenziell ab und überträgt die Aufgabe des Ausgleichs zwischen Kapitalgebern und Mietern dem Markt. Damit vollziehen die Großbanken in der Schweiz eine Entwicklung nach, die in den Vereinigten Staaten bereits vor zwanzig Jahren begann, Ende der achtziger Jahre ein wahres Spekulationsfieber auslöste und schließlich ganz entscheidend zum Ruin von zahlreichen Spar- und Kreditbanken beitrug.

Treibende Kräfte hinter dem eidgenössischen Poker mit dem Franken sind die drei Schweizer Großbanken: Bankgesellschaft, Kreditanstalt und Bankverein, flankiert von Ablegern führender Derivathändler der Wall Street wie Citibank, J. P. Morgan und Salomon Brothers.

Zunehmend verstoßen auch in der Schweiz die Banken gegen die goldene Regel, nicht mit dem eigenen Kapital zu spekulieren. Laut Marcel Ospel, Generaldirektor des Bankvereins, laufen beispielsweise rund zwei Drittel der Derivatgeschäfte seines Hauses auf eigene Rechnung. Bei den anderen zwei Institu-

ten bewegt sich der Ei-

genhandel auf vergleichbarem Niveau. Überdies setzen die Schweizer Banken bei ihren Derivatwetten mehr ein, als sie als eigenes Vermögen in ihren Büchern ausweisen. Während das Eigenkapital der drei Großen zusammen rund 35 Milliarden Franken beträgt, schätzt die Nationalbank den Wiederbeschaffungswert der bei den drei Großbanken per Ende 93 ausstehenden Kontrakte auf fast 140 Milliarden Franken. Neuere Daten liegen nicht vor. Der Wiederbeschaffungswert entspricht den Kosten, die die Banken hätten, wenn sie ihre Derivatkontrakte auf einen Schlag verkaufen müßten.

Angesichts starker Kursschwankungen sind solche Berechnungen allerdings wenig zuverlässig. Kritische Marktbeobachter wie der international bekannte Züricher Finanzmarktanalyst Richard Olsen veranschlagen das Risikopotential beträchtlich höher.

Das schnelle Auf und Ab am Derivatmarkt spiegelt sich auch in den Ergebnissen der Großbanken. Erwirtschaftete beispielsweise der Bankverein im Jahre 1993 mit den Derivaten einen Gewinn in der Größenordnung von 800 Millionen Franken, verlief das Geschäftsjahr 1994 sehr flau. Der Reingewinn im internationalen Geschäft einschließlich Derivaten sank auf klägliche 45 Millionen Franken – nicht zuletzt dank einiger Fehlspekulationen. So erlitt beispielsweise der Bankverein im Sommer vergangenen Jahres durch Devisentermingeschäfte, die er selbst als Derivathandel einstufte, einen Verlust von mindestens hundert Millionen Franken: Nur weil die Bank daraufhin sechs Mitarbeiter, darunter zwei Direktoren, entließ, kam der Fall ans Licht der Öffentlichkeit.

Gleichzeitig kommen die Banken unter den zunehmenden Druck von Aktionären nach mehr Di-

Garanten für diese Spitzenstellung: solider Gewinntrend sowie satte und wachsende Reserven. Klafft aber die Lücke zwischen riskantem Eigenhandel mit Derivaten und dem Image der konservativen und risikoscheuen Vermögensverwaltungsbank erst einmal allzuweit auseinander, geht das Vertrauen der Anleger verloren.

Nach diversen Vorfällen – hundert Millionen Franken Verlust beim Bankverein, sechzig Millionen Verlust der Crédit Suisse First Boston durch Schadenersatzklagen für nichtautorisierte Derivatgeschäfte, möglicherweise 240 Millionen Verlust der Crédit Suisse in Malaysia durch Klagen des Berjaya-Konzerns – schlagen die Verantwortlichen Alarm. So ordnete Generaldirektor Ospel beim Bankverein unlängst eine Reduzierung des Risikolimits im Eigenhandel um nicht weniger als

44 Prozent an. Und Robert Studer, Vorsitzender der Bankgesellschafts-Konzernleitung, forderte in einem Grundsatzreferat die Rückbesinnung auf die traditionelle Stärke der Bank: die Vermögensverwaltung.

Ob Absichtserklärungen, Handelslimiten und brancheninterne Kontrollen nach dem Schock der Barings-Pleite auch langfristig als Brandschutzmaßnahmen genügen, ist fraglich. Heute behauptet jede Bank, sie betreibe ein modernes Risikomanagement. Wie konsequent diese Systeme von den Schweizer Instituten angesichts des Umsatz- und Gewinndrucks tatsächlich angewendet werden, steht auf einem anderen Blatt. Der Zickzackkurs des Bankvereins zwischen großzügigen und engen Handelslimiten ist jedenfalls nicht sehr vertrauenerweckend.

vidende. In der Schweiz drängt zum Beispiel Martin Ebners aggressive BZ-Bankengruppe – die größte Einzelaktionärin der Bankgesellschaft – auf höhere Erträge. Ebners Gruppe vertritt vor allem die Interessen der kapitalstarken Pensionskassen. Ob es Ebner gelingt, mit seinem unschweizerisch harten Vorgehen der Bankgesellschaft seine amerikanisch-hohen Renditevorstellungen aufzuzwingen, ist noch offen. Höhere Dividenden bedeuten auf jeden Fall, daß weniger für die Reserven übrigbleibt.

So bedrohen die stärkeren Ertragsschwankungen im Derivathandel, kombiniert mit dem Druck, mehr Gewinne auszuschütten, zunehmend das Kerngeschäft der Schweizer Großbanken, nämlich die Vermögensverwaltung. Hier sind die Großbanken weltweit noch immer ganz vorne. Beste